

zu reden und allerhand Versprechungen zu machen, ohne daß den Worten nachher die Tat folgt. Zudem weiß man nicht, ob der Herr Dietrich nicht schon morgen das Meer der gewesenen deutschen Winter verläßt.

Den Preisabbau hat uns ja die Regierung schon lange versprochen, aber sie ist ihm uns bisher recht gründlich schuldig geblieben. Soll in Deutschland wirklich ein Preisabbau im großen Umfange kommen, so müßten einmal die Rohstoffartikelle gezwungen werden, mit ihren Preisen gründlich herunterzugehen. Kohlen und Eisen müßten billiger werden, aber die Regierung hat es bisher nicht gewagt, auf unsere so mächtigen und einflussreichen Industriemagnaten den nötigen Druck auszuüben. Außerdem müßte endlich einmal damit begonnen werden, den Unterschied zwischen Inland- und den Weltmarktpreisen für Getreide durch Zollherabsetzungen zu verringern. Woher wartet man aber noch immer vergeblich auf die notwendigen Taten der Regierung?

Auf einer Auskultationstagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes bekannte sich auch der Reichsarbeitsminister Stegerwald zu der Theorie, daß Deutschland wieder ein billiges Land werden müsse, weil es so furchtbar arm sei. Gegen die Billigkeit haben wir natürlich nichts einzuwenden, aber ganz unsinnig ist die Behauptung, daß Deutschland ein furchtbar armes Land sei. Gewiß, die

ausländische Verschuldung Deutschlands ist größer, als es wünschenswert ist, und daraus ergeben sich für unsere Volkswirtschaft große Gefahren, und wir leiden an einem Mangel an flüssigem Kapital in erster Reihe wohl deswegen, weil in den vergangenen Jahren zuviel Kapital in Deutschland unsinnig festgelegt wurde.

Aber wir haben einen gewaltigen, sehr gut ausgebauten Produktionsapparat, wir wären durchaus in der Lage, in Deutschland so viel Güter herzustellen, daß wir unsere Bevölkerung reichlich versorgen könnten. Nur infolge der Sinnlosigkeit kapitalistischer Wirtschaft ist es nicht möglich, die so reichlich vorhandenen Arbeitskräfte mit Disziplin ebenso reichlich vorhandenen Produktionsmittel zu beschäftigen. Aber Stegerwald hat ein sehr starkes Interesse, bei seinen Freunden aus den christlichen Gewerkschaften den Glauben an die Armut Deutschlands zu erhalten. Wenn auch die christlichen Gewerkschafter einsehen, daß nicht die angebliche Armut Deutschlands an dem Elend Deutschlands schuld ist, sondern die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und die vielen Unterlassungssünden der Regierung und der herrschenden Parteien, so würden sie vielleicht in das Lager der Sozialdemokratie abmarschieren, und das will der Herr Stegerwald natürlich verhindern.

Heinig vom Werkmeisterverband erwidert, Schreiber die Folgen des 14. Septembers und das Gewicht der 4 1/2 Millionen Arbeitslosen übersehe. Wenn wir heute sozialistisch wästen, dann hätten wir vor allem die Passivseite des Budgetes zu sozialisieren. Der Unterschied zwischen Deutschland und Amerika bestehe auch darin, daß in Amerika die Rohstoffe immer billig und der Einzelartikel teurer war, während in Deutschland umgekehrt der Fall gewesen ist.

Otto von der Bühnengenossenschaft wendet gegen den Abbau der öffentlichen Theater und appelliert an die Bühnenschauspieler, die öffentlichen Theater zu halten.

Solenske vom Gesamtverband verteidigt öffentliche Wirtschaft, die Krise viel besser bestanden habe als die Privatwirtschaft. Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft sei nur eine Vorstufe des Kampfes gegen die Privatwirtschaft überhaupt.

Sifferding betont in seinem Schlusswort: Er ist die langweilige Besprechung bezüglich der Klassenkrisis, die vielleicht keine man eine Erweiterung des deutsch-russischen Handels durch Erhöhung der Kontingente der russischen Einfuhr beibringen. Seit dem Ausbruch der Krise ist eine Verdrängung von 9,8 Prozent, aber eine Einkommenssenkung der Arbeiterklasse um 28,8 Prozent eingetreten. Heute wissen selbst die Unternehmervereine nichts Stützhaltes zur Verteidigung ihres Systems.

In dieser trostlosen Zeit — schloß Sifferding — gibt es keine sichtbare. Ein solcher sind die Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse spaltet, verfährt sich an der Arbeiterbewegung.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst abgelesen. Die Entscheidung zur Wirtschaftspolitik wird einstimmig angenommen, ebenso die Entscheidung zum Tarifrecht und zur Tarifpolitik. Es erhält fernerhin das Wort der Bundesvorsitzende Frau Häuser zu ihrem Referat über:

### Die Ideologie und Politik der Angestelltenbewegung

Die Zeit der gesellschaftlichen Umwälzung — so führt Frau Häuser aus — ist gekommen. Nur neuen Gesellschaften gehören neue Menschen. Die gesellschaftliche Angestelltenbewegung steht in einer besonders schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe. Während die gewerblichen Arbeiter in der Zeit von 1907 bis 1918 ein Anwachsen um 81,3 v. D. aufwiesen, ist die Angestelltenklasse um 168,7 v. D. gestiegen.

Die Angestellten sind also für die gesellschaftspolitischen Aufgaben der gesamten Arbeiterklasse ein entscheidender Faktor geworden.

Die Masse der Angestellten hat ein rein proletarisches Bewußtsein, ohne daß ihr bisher in der Gesamtheit auch ein proletarisches Bewußtsein innewohnt. Die bürgerlichen Angestelltenverbände sind aus einer Zeit entstanden, als die patriarchalen Verhältnisse im Kaufmannstand noch ausgemacht. Die Zeit, da der Kaufmannstand als Weltanschauung für eine spätere bürgerliche Existenz ansetzen konnte, ist längst vorbei. Heute sind die Massen mit all der wirtschaftlichen Abhängigkeit und sozialen Arbeitserleichterung belastet, wie sie die Arbeiter im Kapitalismus mit sich bringt. Dennoch klammern sie sich an die bürgerlichen Verhältnisse der Vergangenheit, um die heutige Klassenzeichnung der Proletarisierung der Angestellten vermeiden zu können.

Der Deutsche Angestelltenverband und die Klassenlage der Angestellten zu vermissen. Seine Einstellung war mit einer weltlichen Voraussetzungen für die Erhaltung der bürgerlichen Bewegung in Deutschland.

Die Verwirklichung der Solidarität aller Arbeitnehmer wird vom AFA-Bund vor allem geplant durch sein inniges und bestmöglich festgelegtes Organisationsverhältnis mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Verwirklichung des Arbeitsrechts darf keine Zwecksetzung sein, die schlechtergestellten Gruppen auf das Niveau der fortgeschrittenen hebt. Sozialismus darf nicht die Einbeziehung aller Arbeitnehmer auf der jeweils niedrigeren Stufe sein.

Das Hindernis in die Ideologie der Angestellten ist ein Lebensfrage für die gesamte Arbeiterbewegung. Denn auch der Sozialismus lebt ausschließlich von der Angst vieler Mittelschichten vor der Proletarisierung.

Die Gewinnung des Kampfbewusstseins wird eine Lebensfrage für die Gesamtorganisation der Arbeiterklasse. (Starker Beifall.)

#### Aussprache

Grafmann, der die Auffassung des ADGB, barytisch erklärte, es sei niemals vom ADGB verlangt worden, daß der Angestelltenrecht abgebaut werden soll. Wie in der Vergangenheit

## Gesellschaftsmacht oder Privatmacht?

### Sifferdings Referat auf dem Afa-Kongress

SPD, Leipzig, 6. Oktober. (Sig. Draht.)

Am Dienstag fand im Mittelpunkt der Beratungen des Leipziger Afa-Bund-Kongresses ein Vortrag von Dr. Sifferding über „Gesellschaftsmacht oder Privatmacht in der Wirtschaft“. Sifferdings Ausführungen wurden vom Kongress mit höchster Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Sifferding skizzierte zunächst die historische Entwicklung des Kapitalismus. Die Periode bürgerlicher Revolution und der Gründung nationaler Staaten war 1870 abgeschlossen. Es folgte eine Zeit der Stagnation. Die Herrschaft der Bourgeoisie stabilisierte sich. Immer mehr wurde die Staatsmacht in den Dienst des Kapitals gestellt, das sich hinter hohen Schutzwällen organisierte. Wirtschaft entwickelten sich die Aktiengesellschaften, was wiederum die Konzentration des Kapitals förderte. Das führte zur Aktienkonzentration, weil die Privatbanken nicht mehr ausreichten, um die Aktiengesellschaften zu finanzieren; Zusammenfassung zwischen Banken- und Industriekapital. Je größer die freien Aktien, desto gefährlicher wurde die freie Konkurrenz, bedenklich in Zeiten der Depression. Daher Verdrängung des Industriekapitals, Monopolstrukturen. Diese Entwicklung wurde gefördert durch die Banken. In dieser Periode organisierte sich

#### das Monopol der nationalen Industrie.

Es folgte die wachsende Bedeutung des Kapitalverkehrs. Durch diesen Kapitalverkehr wurde die Kapitalmacht aber interessiert an starken Staaten, um das erprobte Kapital zu schützen und um Einfluß in den Ländern zu gewinnen, wohin das Kapital exportiert wurde. Daran entsand das, was wir Imperialismus nennen. Damit war aber der Liberalismus preisgegeben, und so kam man zur Ultima ratio, zum Weltkrieg.

Nach dem Siege schen es, als ob durch eine außerordentliche Prosperität die Schäden des Krieges schnell geheilt würden. Allein die Gewalt des Krieges hat ungeheure Verdrängungen innerhalb der nationalen und internationalen Wirtschaft hervorgerufen, die sich jetzt auf Weltweite entwickelt haben. In der ersten die Produktion des Krieges sich vollzieht. Ausdehnung und Intensivierung der Agrarwirtschaft hatten zur Folge, daß die Agrarpreise außerordentlich sanken. In Deutschland Preisrückgang um 40 v. D., an der Spitze Kanada 80 v. D., im Innern Kanada nur bis 40 v. D. Eine ähnliche Entwicklung hat sich auf den Rohstoffmärkten vollzogen. Die Rationalisierung, die wissenschaftliche Produktionsorganisation in Verbindung mit dem technischen Fortschritt war ein weiteres Element der Krise. Dazu die Rationalisierung, die zu Rationalisierungen, zu Rationalisierungen des Kapitals geführt haben. 1918 betragen die Anlagen Europas in den Vereinigten Staaten 18 bis 20 Milliarden Mark. Tagelang hatten die Vereinigten Staaten in Europa nicht ganz 1 1/2 Milliarden Mark angelegt. Nach dem Kriege betragen die Vereinigten Staaten an die Vereinigten Staaten 45 Milliarden Mark, dazu kamen die neuen Anlagen. Während des Krieges hatte außerdem Amerika die 18 bis 20 Milliarden Mark europäischer Anleihen zurückgeschickt und im Ausland für etwa 50 Milliarden Mark Kapital angelegt, wovon 10 bis 15 Milliarden Mark in Europa gegenüber nur 1 1/2 Milliarden Mark vor dem Kriege.

Die Art der Kapitalanlage nach dem Kriege muß man auch als einen Krisenfaktor bezeichnen.

Eine besondere Entwicklung haben die Agrarverhältnisse genommen. In der Gesamtheit bedeutete die Bauernschaft das Rückzugsgebiet für die bürgerlichen Parteien. Die Agrarrenten waren allenthalben darauf aus, die Agrarpreise hochzuhalten, um die Farmer und Bauern zu gewinnen. In dieser Hochhaltung der Preise ist auch ein Moment der Heberproduktion zu erblicken. Die Preissteigerung hat die Heberproduktion verlängert, und die Heberproduktion hat Abschaltungen erfordert. Die Industrie ist davon in Mitleidenschaft gezogen worden, weil mit den Erträgen in den agrarischen Ländern deren Kaufkraft abnahm. Dies führte zu Arbeiterkassationen. Das verminderte die Kaufkraft und trug zum Sturz der Preise bei.

Die Schwerkraften, die bestehen, sind nicht nur ökonomische, sondern auch politische. Bereits nach den Septemberwahlen im vorigen Jahre hat die Reichsbank eine Milliarde Mark Verlusten erlitten. Später fehlten neue Geldhilfen ein. Durch die Auswirkungen der deutschen Kreditkrise wurde England in höchstem Umfange betroffen.

Neue Sozialreaktion und neuer Protektionismus sind die Folgen der englischen Ereignisse.

Wenn die Unternehmer jetzt behaupten, daß zuviel Privatwirtschaft an dem Elend schuld sei, so können wir sagen, daß durch

#### zuwenig Planwirtschaft

der Kreditmechanismus der Welt zum vollkommenen Erliegen kommt, obwohl planmäßige Einwirkungen durch das Instrument der Zentralbanken möglich wären. Frankreich ist heute eine viel schlagkräftigere Finanzmacht als Amerika. Nur noch ein Zusammenstoß dieser beiden Mächte, die laagerfähige Stillhalterdomen der deutschen und der englischen Gläubiger garantieren müßten, die die Möglichkeit, die gegenwärtige Kreditkrise zu beheben. Eine andere kapitalistische Lösung ist kaum denkbar.

Als die Inflation ein Ausweg aus diesem Elend? Nein, sie ist die schärfste Art der Bekämpfung und die verheerendste Art der Lohnsenkung! Auch durch eine neue Währung, die nicht auf dem Golde aufbaut ist, wären die Krisenwirkungen nicht zu beheben.

Neue Kreditmaßnahmen, als eine Rettung von der Währungsseite her, genügen nicht. Nur durch die Wende von den Mitteln, die zu der Krise geführt haben, wird es möglich sein, sie zu überwinden.

An Stelle des Protektionismus, an Stelle der Senkung der Kaufkraft, an Stelle der Goldhortung an einzelnen Stellen sind

Abbau der Zollmauern, Sicherung der Massenkauflkraft und eine vernünftige Verteilung der Goldvorräte

bringend notwendig. Die deutschen Privatbanken tragen Schuld an dem Anstau der Kapitalverdrängungen in der Industrie. Hier muß ein gewisser Einfluß ausgeübt werden. Notwendig ist eine Kontrolle der Monopole. All das sind natürlich nur Teilmassnahmen, die aber alle dem letzten Ziele dienen, der

#### Erziehung des Kapitalismus durch den Sozialismus.

Es wird sehr häufig gefragt, ob es sich um die letzte Krise des Kapitalismus oder nur um eine Krise des kapitalistischen Systems handelt. Das hängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse ab. Hier ist der Kampfboden in Deutschland besonders schwierig.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist die Werbung unter den Angestellten. Die Angestellten befürchten, daß der Sozialismus die Gleichmacherei mit sich bringen wird, weil sie erkennen, daß ganz im Gegenteil eine

sozialistische Planwirtschaft erst die Voraussetzungen des persönlichen Wettbewerbes und der freien Bahn für den Tätigen mit sich bringen wird.

Wir wissen, daß viele verweisen über die gegenwärtigen Zustände. Für die arbeitende Klasse entspricht aber gerade aus diesem Verlangen ein besonderer Anreiz zur Gemütsung. Wir sind stolz darauf, daß es unsere Aufgabe ist, diese aus den Augen getretene Welt neu zu errichten (Stürmischer Beifall.)

#### In der Aussprache

erklärte Schmeißer vom AFA: Die Not- und Hilflosigkeit der Unternehmer und ihr Mangel an konstruktiven Ideen zur Behebung der Krise sind erklärlich. Eine Erhebung des AFA hat festgestellt, daß seit Beginn der Wirtschaftskrise eine Verminderung des Einkommens von 25 bis 40 Prozent eingetreten ist.

Warg vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten bespricht insbesondere die Folgen, die eine Inflation in Deutschland haben würde. Die Löhne würden auf die Arbeiterklasse in viel härterer Weise abgedrückt.

Schröder (SPD): Die entscheidende Frage ist, welches Ziel die Liquidierung der Wirtschaftskrise haben muß. Nur die kann das Ziel sein! Das Zentralproblem in Deutschland ist heute der

Übergang zur gesellschaftlichen Planwirtschaft.

## Neuorganisation der Breslauer SPD.

Breslau, 6. Oktober. (Sig. Draht.) Die Breslauer Organisation der SPD. ist bereits eifrig bei dem Wiederaufbau des auseinandergebrochenen Funktionärkörpers.

Insgesamt müssen in den etwa 55 Distrikten des Ortsvereins 32 Distriktsführer und 34 Frauenleiterinnen neu gewählt werden. Die Amtseinführung eines neuen provisorischen Ortsvorstandes erfolgt am Mittwoch. Von den 12 Abteilungsleitern sind sechs zu den Spalthern übergegangen. Die erste große öffentliche Versammlung der von den Wortradikalen gereinigten Breslauer Partei findet am Freitag mit dem Parteivorstand Otto Weis als Referent statt. Ferner wird Paul Wöhe nach seiner Rückkehr aus Puzareß vor den Breslauer Mitgliedern der SPD sprechen.

Breslau, 7. Oktober. (Sig. Funk.) Die Richtung der Arbeiterbewegung auf die Stadtbewohnerschaft der Breslauer Partei ist bereits erkennbar. Von den bisher 34 sozialdemokratischen Koloniamitgliedern bleiben 18, also mehr als die Hälfte, der Sozialdemokratischen Partei treu. Von den sozialdemokratischen Stadträten ist nur einer, Klose, zu den Spalthern übergegangen. Der sozialdemokratische Bürgermeister Wache bleibt ebenfalls der Sozialdemokratie treu.

#### Die Kinderfreunde für die Parteieinheit

Broschella, 6. Oktober. (Sig. Draht.)

Eine hier abgehaltene Reichsfahrer tagung der Kinderfreunde Deutschlands führte zu den jüngsten Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratie einstimmig einen Beschluß, in dem es heißt:

„Die Entwicklung unserer Organisation zu einer großen Bewegung ist nur möglich gewesen im Rahmen einer einheitlichen Sozialdemokratischen Partei. Die Partei hat unsere Arbeit gefördert und durch entschlossenes Eintreten uns in entscheidenden Situationen unterstützt. Es ist unmöglich, außerhalb der Partei oder gar im Gegenstand zu ihr eine zweite, umfassende sozialistische Erziehungsorganisation aufzubauen. Darum ist auch in Zukunft die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei aber der Sozialistischen Arbeiterjugend unzer-

lässliche Vorbedingung für die Mitarbeit bei den Kinderfreunden.“

#### Für die Einheit

Camburg, 6. Oktober. (Sig. Funk.) In einer Funktionärversammlung in Altona wurde nach einem Referat des Bezirksvorsitzenden Kordel und nach kurzer Aussprache von den 240 versammelten Delegierten und Distriktsführern eine Entschließung einstimmig angenommen, die die Maßnahmen der Parteieinheit gegen Gruppenbildungen begrüßt und aufs Schärfste die erfolglose Abspaltung und die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei mißbilligt.

Eine gleiche Entschließung nahm eine vollständige Versammlung des erweiterten Vorstandes und der Bezirksleiter der SPD. Groß-Stein an.

#### Noch einer

Berlin, 7. Oktober. (Sig. Funk.) Der sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtages, Professor Dr. Wacziarg, seit seiner Enthebung vom Amt des preussischen Innenministers ein benutzter Mann, ist aus der SPD. ausgetreten, weil er angeblich mit der Politik der sozialdemokratischen Reichsregierung nicht einverstanden ist. In Wirklichkeit, weil er sich aus persönlichen Gründen schon seit längerer Zeit mit der SPD. nicht verbunden fühlt.

Der Breslauer Kommunistenprozeß, der die kommunistischen Ueberfälle auf einen Sachdelikt beim sogenannten Frontsoldatentag in Breslau im Mai d. J. zum Gegenstand hatte, fand am Freitag seinen Abschluß. Das Gericht verurteilte wegen Zuchthaus, Feinden zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, Paulsen zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, Karl Worfis zu 10 Monaten Gefängnis, Erich Kötter zu 2 Jahren Gefängnis und Max Kötter zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis; wegen Landfriedensbruchs den Angeklagten Kaulsch zu 7 Monaten Gefängnis und die Angeklagte Heuschke zu 10 Monaten Gefängnis. Weitere acht Angeklagte erlitten Gefängnisstrafen von 3, 5 und 6 Monaten. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.